



**Antrag der FDP-Fraktion
betreffend Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Vorkommnisse um das
Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle
vom 23. März 2013**

Die FDP-Fraktion hat am 23. März 2013 folgenden Antrag eingereicht:

Dem Kantonsrat wird gestützt auf die Geschäftsordnung des Kantonsrates, § 21 Abs. 2 beantragt eine Untersuchungskommission zu wählen. Die Kommission soll die Vorkommnisse um das Projekt ISOV-Einwohnerkontrolle untersuchen. Namentlich soll sie:

1. die Ursachen und Verantwortlichkeiten für die massiven Kosten- und Terminüberschreitungen sowie das Verfehlen der gesetzten Ziele ermitteln,
2. allfällige Forderungen des Kantons gegenüber den Auftragnehmern zu Schadenersatz und/oder Rückvergütung getätigter Zahlungen prüfen,
3. die Tauglichkeit der bestehenden Projektorganisation, Verantwortungen und Kompetenzen für die erfolgreiche Fertigstellung des Projekts prüfen und allenfalls Empfehlungen abgeben,
4. die generellen Vorgaben bezüglich Projektplanung und –organisation, sowie bezüglich Zusammensetzung, Funktion, Anforderungen, Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung der Projektteilnehmenden überprüfen und Empfehlungen abgeben,
5. allfällige weitere Fragestellungen untersuchen, welche ihr vom Kantonsrat im Rahmen der Einsetzung dieser Kommission übertragen werden.

Zur Erfüllung ihrer Aufgabe kann die Kommission gemäss § 24^{bis} Sachverständige beiziehen.

Begründung:

Die drei Interpellationen zu diesem Thema und besonders deren unzureichende Beantwortung zeigen deutlich, dass die Problemstellung mit den klassischen parlamentarischen Instrumenten (insbesondere Interpellationen) nicht ausreichend aufgearbeitet werden kann. Die Antwort der Regierung auf die Interpellationen ist Schönfärberei, wenn sie behauptet, das Projekt sei nicht «gescheitert», obwohl nach Verdoppelung der veranschlagten Projektdauer und mehr als 150%iger Kostenüberschreitung noch immer keine brauchbare Applikation vorliegt. Diese Antwort legt nahe, dass die Problemstellungen noch nicht sauber aufgearbeitet wurden, dass man sich scheut, Verantwortlichkeiten zu benennen und – was ganz wichtig ist – dass die richtigen Konsequenzen für den erfolgreichen Projektabschluss nicht gezogen wurden. Es geht somit nicht nur um Vergangenheitsbewältigung, sondern es geht uns darum sicher zu stellen, dass die nötigen Massnahmen getroffen werden und damit möglichst vermieden wird, dass weitere finanzielle Mittel auch in den Sand gesetzt werden und auch künftige Projekte nicht ebenfalls Schiffbruch erleiden.